



Verdächtige Mutter Christine: „Traurige Mona Lisa“

holfenen Ermittlungen anstellen, hat Frankreich den Mörder längst überführt. Es war natürlich „der Rabe“, und der – die Handschriftenproben lassen kaum einen Zweifel zu – ist Bernard Laroche, ein Vetter der Villemin.

Unterdessen ordnet der „kleine Richter“, wie er verspottet wird, sein Belastungsmaterial gegen die „kleine Christine“, so nennt er Grégorys Mutter. Ihre Schrift ist beinahe identisch mit der des „Raben“.

Am 29. März lauert Grégorys Vater dem verdächtigten Laroche, 29, vor dessen Haus in Aumontzey auf und erschießt ihn mit einem Jagdgewehr. Laroche letzte Worte; bezeugt von dessen Frau: „Du weißt doch, daß ich unschuldig bin.“ Am Tag der Beerdigung hämmert Christine ihrem Publikum die Rechtfertigung der Tat ins Bewußtsein; mit unzweideutigen Worten, sie werden von Presse, Funk und Fernsehen getreulich wiedergegeben: „Laroche ist der Mörder“, sagt sie mit ihrer dünnen Stimme. „Schade, daß ich nicht dabei war, als er erledigt wurde.“

Jean-Marie Villemin, 27, wird im Gefängnis Charles III. von Nancy eingesperrt. Er weiß, daß er alles verloren hat: seinen Sohn, seine Frau, sein Chalet auf dem Hügel, sein Auto, seinen Salon samt Ledergarnitur. Er hat sich bis zum Vorarbeiter hochgeschuftet, seine kleine Karriere hat aus ihm einen „Chef“ gemacht, so sein Spitzname, einen harten Kerl. „Der Rabe“ hat ihn besiegt.

Über Christine Villemin ist sich das französische Publikum uneins. Auf Millionen Zeitungsseiten lesen Millionen Kommissare in ihrer Seele. Die Vulgarisierung eines unbegreiflichen Verbrechens: Jedes Lächeln von Christine wird registriert, jeder Seufzer analysiert, all ihre Gedanken werden interpretiert, auch jene, die sie gar nicht gedacht hat.

Vernunft, Wahrheit, Schicklichkeit: Das Gestirn angeblich französischer Lieblingstugenden ist irgendwo über Frankreich, im Chaos dieses Mordfalls, untergegangen. Viel wichtiger erscheint nun die Frage, ob Christine eine Hexe ist oder eine Heilige oder ein Dämon. Oder nur eine hübsche freche Französin mit scharfer Zunge? Ihre spitzen Worte gegen den Richter Lambert: Tarnt sie dahinter ihre Trauer?

Vor gebündelten Mikrofonen und aufgetürmten Kameras, vor den Augen und Ohren Frankreichs, erklärt sie sich: „Ich bin am Ende. Doch niemals werde ich aufhören, für meinen Mann zu kämpfen.“ Ihre Bewunderer verleihen ihr einen neuen Kosenamen: „Die traurige Mona Lisa“.

Am 5. Juli wird auch sie festgesetzt. Richter Lambert beschuldigt sie, „der Rabe“ zu sein. Der Rabe? Grégorys Mörderin! Christine Villemin ist im sechsten Monat schwanger. „Ich habe meine Spirale entfernen lassen“, bekannte sie dem „Parisien libéré“, drei Monate nach dem Tod ihres Kindes wollte sie einen zweiten Sohn, er soll Jonathan heißen.

Am Gefängnistor verkündet sie, urbi et orbi, daß sie zu hungern gedenke und ihre Zelle notfalls „mit den Füßen voran“ verlassen werde. Sie beginnt ihren Hungerstreik unverzüglich, und die Nation verfolgt ihre dramatische Abmagerungskur voll Mitleid.

Frankreich bereitet sich auf den letzten Akt des Kriminalstücks vor. Es wird, noch einmal, spannend.

War sie's? Natürlich, sie war's. Die Millionen Kommissare hatten es schon immer gewußt. Doch am 16. Juli, nach zwölf Tagen und elf Nächten, Frankreich hat mitgewacht, verläßt Christine hocherhobenen Hauptes das Gefängnis von Metz-Queuleu. Sie verkiecht sich im Haus ihrer Großmutter in Petitmont und

verweigert sich der öffentlichen Anteilnahme und Neugier.

Sie ist unschuldig, jubeln die Kommissare. Sie kann es nicht gewesen sein. Dieses im Leid versteinerte Gesicht . . .

Das von ihrem Anwalt Garaud angeforderte Appellationsgericht in Nancy hatte die Indizien des „kleinen Richters“ Lambert als „nicht ausreichend“ befunden. Gleichwohl, so die Kammer, „bleiben zahlreiche und bedeutende Fragen offen, welche die Untersuchungsbehörden noch zu klären haben“.

Nach einem Besuch in Lépages, nach einem Lokaltermin im Auftrag der linken Tageszeitung „Libération“ hat Marguerite Duras, 74, den Fall Christine für sich geklärt. Auf ihre Art, nach Art einer großen Schriftstellerin. Beeindruckt von dem Schrecken, der das Tal der Vologne bis heute beherrscht, nähert sie sich der Tat.

Sie betrachtet das Haus auf dem Hügel: „Als ich es sehe, schreie ich auf: Das Verbrechen ist geschehen. Das glaube ich. Auch wenn es jenseits der Vernunft ist.“

Die alte Dichterin betrachtet auch den Sandhaufen vor dem leeren Haus, das verkauft werden soll. Der Sandhaufen, Spielplatz des kleinen Grégory, ist ein Hügel aus grobem Kies, vermischt mit Sand und Zement. Sie sieht, daß das Kind ohne Liebe lebte. Sie sieht, daß Christine ohne Liebe lebte.

Unendlich behutsam, Wort für Wort, kommt die Duras Christine ganz nahe: „Sie hat vielleicht so getötet, wie ich schreibe – ohne zu wissen, was sie tut.“

BERGBAU

Eine Nummer zu groß

Einen Berg voller Gold und Kupfer will ein Firmenkonsortium, darunter drei deutsche Unternehmen, in Neuguinea abtragen. Es könnte ein teures Fiasko werden.

Wieder mal war Max-Dieter von Müller die rund 15 000 Kilometer von Frankfurt nach Papua-Neuguinea geflogen. Etwas erschöpft von dem feuchtheißen Tropenklima sitzt der grauhaarige Manager in der Halle des Travelodge-Hotels in der Hauptstadt Port Moresby, nippt hin und wieder an seinem Fruchtcocktail und sinniert über das Unternehmen, das er zu betreuen hat: „Wenn wir das gewußt hätten, dann hätten wir dieses Projekt gar nicht erst angefangen.“

Das Projekt, das Müller so traurig und wütend macht, liegt rund 800 Kilometer nordwestlich von Port Moresby, inmitten des tropischen Regenwalds von Neuguinea, und heißt Ok Tedi. Es ist eine Gold- und Kupfermine, an der auch Max-Dieter von Müllers Firma, die Frankfurter Metallgesellschaft, beteiligt ist.

Die Investition schien zunächst auch ganz vielversprechend. Da lagen doch

tatsächlich an der Spitze eines 2100 Meter hohen Bergs, des Mount Fubilan, beachtliche Mengen Gold; auf 120 Tonnen schätzen Geologen die Vorräte. Darunter machten die Experten ein mit dem gelben Metall vermengtes umfangreiches Kupfervorkommen aus; eines der größten in der Welt, wie es heißt.

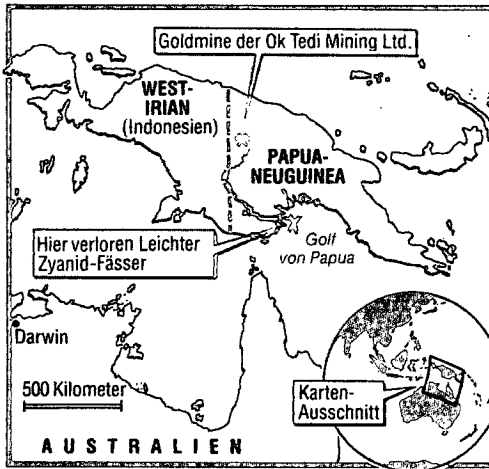
Ein Dorado in den Bergen von Neuguinea schien dieser edle Berg zu sein. Und so hatte die australische Broken Hill Proprietary (BHP) keine Mühe, Partner für das Anzapfen dieser reichen Rohstoffquelle zu finden.

So wurde, benannt nach dem Hauptfluß der Gegend, die Ok Tedi Mining Limited (OTML) gegründet. Neben der BHP, die sich einen 30-Prozent-Anteil sicherte, waren die amerikanische Amoco Minerals (30 Prozent), eine Tochter des Öl-Multis Standard Oil of Indiana, und der Staat Papua-Neuguinea (20 Prozent) dabei.

Mit von der Partie waren auch drei deutsche Firmen, die insgesamt 20 Prozent Kapital zeichneten: die Rohstoff-Unternehmen Degussa und Metallgesellschaft sowie die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG).

Ok Tedi mit seinen reichen Kupfervorräten paßte bestens in die Bonner Strategie, mit Engagements deutscher Unternehmen den Rohstoffnachschub in die Bundesrepublik zu sichern. Bonn half den Firmen mit billigen Krediten und einer Bürgschaft bei der Finanzierung des gewaltigen Vorhabens.

Ob das Geld, das die Firmen und Bonn für Ok Tedi ausgaben, gut angelegt ist, scheint inzwischen höchst ungewiß.



Rund 900 Millionen Dollar haben die Ok-Tedi-Gesellschafter inzwischen in den Urwald gesetzt, mindestens 300 Millionen mehr als ursprünglich geplant. Einen Gewinn gab es bisher noch nicht; für dieses Jahr wird ein Verlust von 30 Millionen Dollar erwartet.

Ok Tedi, räumt Metallgesellschaft-Chef Dietrich Natus heute ein, sei für seine Firma „einfach eine Nummer zu groß“.

Offenkundig haben die Deutschen und ihre Partner unterschätzt, was es heißt, tief im Urwald des Pazifik-Eilands Neuguinea einen ganzen Berg abzutragen.

Zunächst, als die ersten Bautrupps sich am Mount Fubilan niedergelassen hatten, sorgte eine in dieser Gegend ganz ungewöhnliche Dürreperiode dafür, daß der Fly River, der Haupttransportweg ins erzeiche Hinterland, fast völlig austrocknete. Danach goß es wie selten zuvor. Die Fluten brachten einen Damm ins Rutschen, hinter dem die bei

der Goldgewinnung auflaufenden Abwässer gesammelt werden sollten. Der neue Damm, zehn Kilometer flußabwärts, soll 280 Millionen Dollar kosten.

„Wozu brauchen wir noch einen Damm?“ fragt von Müller resigniert.

Schwierigkeiten gab es mit dem amerikanischen Baukonzern Bechtel, der etliche Jahre fast ohne Kontrolle in den Bergen buddelte. Hinterher wunderten sich die OTML-Eigner über die Rechnung von 520 Millionen Dollar.

Für das Geld bekam das neue Unternehmen alles, was gut und teuer ist. Die hellen Holzhäuschen der OTML in dem Dorf Tabubil, alle nach dem gleichen Schnittmuster, kamen mit ihren spärlichen 45 Quadratmetern auf 120 000 Dollar das Stück. Der Tennisplatz erhielt eine bundesliga-reife Flutlichtanlage.

Jeder Meter der Schotterstraße, die sich von Tabubil zur Mine hinaufwindet, ist auf eine Nylonfolie gebettet. Das reicht offenbar nicht. Mit Kippern und Schaufeln werden täglich die Löcher gestopft, die Tropengüsse in die Straße reißen; in Neuguinea regnet es schließlich mehr als in Deutschland.

Für Waldemar Hannak, Ingenieur der Metallgesellschaft, sind Unfälle auf dieser Straße nichts Ungewöhnliches mehr. Unlängst mußte er einen Zwanzig-Tonnen-Kran abschreiben, der zerdeppert im Straßengraben lag. „Das ist nun schon der vierte Unfall in den letzten vier Wochen“, stöhnte Hannak.

Schwierigkeiten gab es auch mit dem Personal. Die Einheimischen, gewöhnt an ihr dörfliches Steinzeitleben, taten sich anfangs mit der Arbeit in der Mine schwer. „Die Leute wollen zurück zu ihrem Clan“, sagt John Wallace von der Ausbildungsabteilung der OTML. In der Bauphase ließen 2000 von den insgesamt 5200 Arbeitern eines Tages einfach die Schippen fallen und gingen heim. Das alles kostete Zeit und Geld, viel Geld.

Dabei geht die Umweltzerstörung, die mit der Mine über die Region kam, noch nicht mal in die Kostenrechnung ein, bislang jedenfalls nicht. Vor einem Jahr gingen vor der Küste 2700 Fässer mit hochgiftigem Natriumzyanid über Bord. 10 000 Eingeborene an der Mangrovenküste im Süden Neuguineas sind seither von dem todbringenden Stoff bedroht, der für die Goldaufbereitung benötigt wird.

Hoch oben im Schürfgebiet wird die Hälfte der mit Zyanid versetzten Erde, die beim Goldwaschen übrigbleibt, in einem Bergeteich abgelagert. Der Rest geht, mit Wasserstoffsuperoxid neutralisiert, in den Ok Tedi. Trotz seiner reißenden Strömung kann der Fluß soviel Dreck nicht verarbeiten. In der braunen Brühe sterben die Fische; die Anwohner, die sich von dem Flußgetier



Ok-Tedi-Goldmine: Regenfluten und Ärger mit dem Personal

nähren, verlieren allmählich ihre Lebensgrundlage.

Böse erwischte es auch die Ok-Tedi-Gesellschafter: Ärger noch als der Ausgabenplan geriet die Kalkulation der Einnahmen aus dem Lot.

Ende der Siebziger, als die Konzernplaner in Australien, in den USA und in der Bundesrepublik das Projekt Ok Tedi rechneten, stieg der Goldpreis auf über 600 Dollar pro Unze. Inzwischen ist er auf rund 320 Dollar gefallen – zu wenig, um bei den hohen Kapital- und Betriebskosten einen Gewinn einzufahren.

Der Kupferpreis ist seit Ende der Siebziger um ein Drittel abgesackt. Am liebsten hätten die OTML-Gesellschafter daher vorerst auf die Kupfer-Gewinnung verzichtet. Das jedoch paßte der Regierung von Papua-Neuguinea ganz und gar nicht. Erpicht auf die Deviseneinnahmen aus dem Kupferbergbau, bestand sie auf Vertragserfüllung.

Die Degussa-Manager haben bei alledem noch am wenigsten zu klagen. Das Frankfurter Edelmetall-Unternehmen, das mit 7,5 Prozent dabei ist, bezieht zu günstigen Bedingungen die Hälfte des am Ok Tedi gewonnenen Goldes. Und es verkauft jährlich für 25 Millionen Mark Zyanide und Wasserstoffsuperoxid an die OTML. Unterm Strich zahlt allerdings auch die Degussa mächtig drauf. Sicherheitshalber hat ihr Finanzchef Robert Eehrt kräftige Rückstellungen gebildet.

Auch bei der Metallgesellschaft minderten Rückstellungen für Ok Tedi den Gewinn des Jahres 1984. Seinen Kapitalanteil an der Gold-Gesellschaft von 60 Millionen Mark hat das Unternehmen in der Bilanz 1984, wie Firmenchef Dietrich Natus unlängst kundtat, „auf Null gestellt“. Zu deutsch: Das Geld wurde abgeschrieben.

BOLIVIEN

Ordnung schaffen

Die linke Regierung ist gescheitert. Nach knapp drei Jahren kommen die Militärs wieder – diesmal durch Wahlen. Ex-Diktator Banzer steht kurz vor dem Sieg.

Von Hugo Banzer können machtgierige und skrupellose Dritte-Welt-Potentaten noch lernen. Aus dem einstigen Militärdiktator, unter dessen Regime, wie der amerikanische Senator Edward Kennedy sagte, „die Repression staatlich institutionalisiert wurde“, ist auf wundersame Weise ein guter Demokrat geworden.

Nach den Wahlen vor einer Woche hat der pensionierte General die besten Aussichten, als 194. Präsident seit der Unabhängigkeit des Landes vor 160 Jahren in den Palacio Quemado, den Regierungspalast in La Paz, einzuziehen.

Seine Rivalen, der linksgerichtete Jaime Paz Zamora und der Kandidat des sozialistischen Staatschefs Hernán Siles Zuazo, sind abgeschlagen. Lediglich der rechtskonservative Ex-Präsident Víctor Paz Estenssoro könnte dem Alt-Diktator den Sieg noch streitig machen.

Dabei empfiehlt sich Banzer, Enkel eines ausgewanderten Berliner Ingenieurs, keineswegs als Garant demokratischer Entwicklungen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten erwies sich der in den USA, in Panama, Argentinien und Paris ausgebildete Offizier vielmehr als gerissener Politiker, der alle Register persönlicher Machtentfaltung beherrscht, und das wissen die Bolivianer.

1971 putschte er mit Hilfe der brasilianischen Militärs und der US-Botschaft und stellte, wie der damalige US-Vertreter in La Paz zufrieden versicherte, „das internationale Vertrauen zu Bolivien wieder her“.



Präsidentschaftskandidat Banzer
„Klima der Angst und des Schreckens“

Intern war das Vertrauen nicht so groß. Hunderte von Politikern, Professoren, Studenten, Gewerkschaftern und Journalisten flohen ins Exil, wurden verhaftet oder ermordet. „Das bolivianische Volk“, klagte damals der nach Mexiko emigrierte Rektor der Universität von San Andrés, „lebt in einem Klima der Angst und des Schreckens.“

In Bolivien ist die düstere Vergangenheit des möglichen neuen Präsidenten heute kaum noch Diskussionsstoff. Doch in Buenos Aires ermitteln Staatsanwälte, weil er sich schwerer Menschenrechtsverletzungen auch gegenüber argentinischen Staatsbürgern schuldig gemacht haben soll.

Damals diente Banzers blutiger Staatsstreich den südlichen Nachbarn als Vorbild: Chiles, Uruguays und Argentiniens Generale taten es ihm gleich.

Als der Diktator, nach langem Zögern und auf Druck der Carter-Regierung in Washington, sieben Jahre später Wahlen

zuließ, inszenierte er eine Opera buffa im schönsten lateinamerikanischen Stil.

Er beantragte seine Versetzung in den Ruhestand, pensionierte mögliche Gegenspieler in den Reihen seiner Waffenbrüder, ersetzte sie durch ihm ergebene, junge Militärs und verzichtete auf die eigene Präsidentschaftskandidatur.

Das bolivianische Heer wies „nach tiefer Besinnung“ Banzers Gesuch, in die Reserve versetzt zu werden, zurück und ernannte ihn zum Chef der Streitkräfte. Daß ein Präsident seinen „unwiderruflichen Beschluß“, vom Amt zurückzutreten, „auf vielseitiges Verlangen hin“ rückgängig macht, gehört nachgerade zum klassischen Repertoire eines lateinamerikanischen Caudillo.

Damit hatte Banzer seine militärischen Rivalen aus höchsten Kommandoposten in die Reserve und sich selbst auf die oberste Befehlsstufe manövriert. Der nächste Präsident, natürlich ein Offizier, war ein Mann Banzers.

Nach insgesamt 18 Jahren blutiger Militärherrschaft übergaben die Offiziere 1982 schließlich das bankrott gewirtschaftete Land wieder den Zivilisten. Doch die Regierung des Sozialisten Siles Zuazo vermochte kaum eines ihrer vielen Reformversprechen einzulösen.

Die Inflationsrate erreichte im März 1985 die Rekordhöhe von über 8000 Prozent, der gesetzliche Mindestlohn betrug 6,24 Millionen wertlose Pesos (27 Mark) im Monat, ein einziger Dollar kostete am Vorabend der Wahlen auf dem Schwarzmarkt 800 000 Pesos.

Über 20 Prozent registrierte Arbeitslosigkeit, ein enormer Rückgang des Sozialprodukts, unerfüllbare Gewerkschaftsforderungen und eine Opposition, die mit ihrer Parlamentsmehrheit seit langem jede Gesetzesinitiative der Regierung blockierte, zwangen Siles Zuazo, dessen Amtszeit eigentlich erst in einem Jahr endete, vorgezogene Neuwahlen anzusetzen.

Das Wahldebakel der Regierungspartei war unabwendbar. Nicht nur die gewerkschaftsfeindlichen Unternehmer, die absolutistisch herrschenden Großgrundbesitzer oder die wohlhabenderen Teile des städtischen Mittelstandes, die traditionell rechts wählen, stimmten für die Rückkehr des Diktators.

Auch Indios auf dem Land und in den Städten und Mestizen der untersten sozialen Schichten wollten den General: „Er muß wieder Ordnung schaffen im Land“.

Die Sehnsucht nach Arbeit und Nahrung ebnete den Weg für Banzers Comeback. Wo diese Sehnsucht nicht stark genug war, halfen Banzers Parteigänger mit den bewährten Mitteln des Wahlbetrugs nach.

Sie tauschten nach der Schließung der Wahlbüros die Urnen gegen solche aus, die mit Stimmzetteln für Banzer gefüllt waren. Andernorts mußten die Urnen unverschlossen transportiert werden – die Schlüssel waren angeblich unauffindbar. ♦